

Rekener Politik nimmt Haus Maria Veen in die Pflicht

Der Rat hat über Vorfälle mit Bewohnern der Einrichtung in Maria Veen diskutiert

Samstag, 30. Dezember 2023 - 08:00 Uhr

von **Stefan Pingel**

Böswillige Fehllalarmierungen und das Auftreten von Bewohnern des Hauses Maria Veen im Dorf führte in der Vergangenheit schon öfter zu Kritik. Der Rat hat darüber jetzt mit Vertretern vom Verein für katholische Arbeiterkolonien diskutiert.

Foto: Pingel



Das Haus Maria Veen ist 1888 als erste Einrichtung des Vereins für katholische Arbeiterkolonien gegründet worden.

MARIA VEEN. Der Rat hat bei einem langen Gespräch mit der Spitze des Vereins für katholische Arbeiterkolonien noch einmal seine Kritik an Vorkommnissen rund um das Haus Maria Veen zum Ausdruck gebracht und den Träger in die Pflicht genommen. Dabei geht es einerseits um böswillige Fehllalarmierungen, die von Bewohnern ausgelöst wurden, andererseits um deren Auftreten im Ort selbst. „Kann ich mich da immer sicher fühlen?“, fragte zum Beispiel Daniel Schemmer (CDU) die Vereinsspitze. Am Ende stellte der stellvertretende Diözesan-Caritasdirektor Dominique Hopfenzitz fest: „Wir wollen Vertrauen schaffen. Wir können ihre Besorgnis nachvollziehen.“ Er stellte aber auch heraus, dass es „der ureigenste

Auftrag“ des Vereins sei, den Menschen zu helfen. Und die Menschen in Not so zu nehmen, wie sie sind.

Es gab schon viele Gespräche hinter verschlossenen Türen zwischen Verwaltung und Politik einerseits und dem Verein andererseits. Jetzt wurde die Diskussion in die öffentliche Ratssitzung getragen. Die Konflikte waren in diesem Jahr sehr offensichtlich, wurden um die Beratung zum Projekt Wohn-Mobil ebenso nach außen getragen wie bei der neuen Gebührenordnung für Feuerwehreinsätze. Aber alle Seiten wollen sich wieder annähern.

Fragen und Berührungspunkte

Der Verein für katholische Arbeiterkolonien wollte sich – und die Einrichtung Haus Maria Veen – in der Ratssitzung vorstellen. Die Vorstellung durch die Diözesan-Caritasdirektorin Esther van Bebber und Einrichtungsleiter Marius Schulze Beiering fiel tatsächlich relativ kurz aus, denn das Haus ist dank seiner langen Historie hinlänglich bekannt. Man sei froh, „über die Arbeit des Vereins ins Gespräch zu kommen“, so van Bebber. Ihnen sei aber klar, dass es Fragen und Berührungspunkte gebe, „die auch für Irritationen sorgen“.

In diesem Jahr wurde die Kritik noch einmal laut angesichts von Feuerwehreinsätzen nach mutwilligen Fehlalarmierungen. Bürgermeister Manuel Deitert machte keinen Hehl daraus, dass dies für die Freiwillige Feuerwehr nicht hinnehmbar sei, sagte er noch einmal im Rat: „Das führt zu Verdrossenheit.“ Durchschnittlich gebe es 30 Fehlalarme pro Jahr, rechnete Deitert vor. Die Gemeinde erhebt schon seit 2021 die vollen entstandenen Kosten bei böswilligen Alarmierungen, zum Jahresbeginn 2024 auch für jeden Fehlalarm, um wenigstens die entstandenen Kosten einzufangen.

Obdachlosenhaus in der Kritik

Nicht zuletzt drehte sich die Diskussion aber auch um die Bewohner des Obdachlosenhauses und deren „Erscheinen“ in der Öffentlichkeit. Die Politiker sprachen verschiedene Vorfälle an, die nicht heruntergespielt werden sollten, wie es CDU-Fraktionschef Dirk Köhne formulierte. Schon 2015 hatte es dazu geführt, dass die Gemeinde ein Alkoholverbot rund um die Grundschule verhängt hatte.

Köhne stellte – wie auch die anderen Ratspolitiker – eine Veränderung speziell für das Wohnhaus für obdachlose Menschen fest. Sein Eindruck sei, dass sich „an zentralem Ort eine Forensik“ einschleicht. Auch Schulze Beiering stimmte zu, dass sich das Klientel verändert habe, dass man stärker mit psychischen Erkrankungen zu tun habe. Das Klientel werde auch jünger. „Es gibt nicht mehr den gut ausgebildeten Handwerker, der plötzlich auf der Straße steht“, umschrieb es Vorstandsmitglied Beate Jussen.

Zudem sei die Corona-Zeit „Gift“ gewesen für das Miteinander im Dorf. „Die Einrichtung ist am Ort, im Ort“, stellte Schulze Beiering fest. Aber in der Pandemie seien viele Ehrenamtliche weggebrochen. Mit einem Tag der offenen Tür wollte sich das Haus in diesem Jahr wieder nach außen präsentieren – was von der Politik im Rat auch lobend zur Kenntnis genommen wurde. Auf die Einsätze von Feuerwehr und Rettungskräften habe man ebenfalls reagiert, so Schulze Beiering. Da diese

Einsätze vor allem abends und nachts laufen, habe man „die Nachtschicht personell stärker ausgestattet“. Allerdings wurde von der Politik bezweifelt, dass der Personalschlüssel ausreiche.

Viele Fragen der Politiker

Viele Fragen der Politik drehten sich um die Belegung, die Auswahl der Bewohner, die Arbeitsverpflichtung. Bernhard Schmidt (UWG) fragte zum Beispiel nach, wie viele der Bewohner in den Werkstätten arbeiten, um so in einen geregelten Tagesablauf zu kommen. Hermann Dreischenkemper (Bündnis 90/ Die Grünen) fragte nach einer Anlaufstelle für die Bürger. Der Einrichtungsleiter versprach: „Wir sind immer erreichbar, 24 Stunden am Tag.“

Seitens der Politik wurde positiv wahrgenommen, „dass es Reformen gibt“, wie es Schemmer ausdrückte. Auch sein Fraktionskollege Köhne unterstrich, dass man im Gespräch bleiben wolle.